

Einladung

Mit guter Hochschulpolitik das Heute und die Zukunft gestalten

**17. Juni 2022, DGB-Haus, Otto-Brenner-Straße 1,
30159 Hannover, DGB-Säle, 1. Etage**

Hochschulen sind ein wichtiger Standortfaktor. Auch in Niedersachsen.

Eine hohe Qualität sollte deshalb selbstverständlich sein. Trotzdem gibt es beträchtlichen Handlungsbedarf: Bei den Gebäuden der Hochschulen sind enorme Investitionsbedarfe aufgelaufen, es muss dringend gehandelt werden. Nationale und internationale Anerkennung der Hochschulen kann nur mit renommiertem, engagiertem und gutem Personal erlangt werden. Gute Arbeitsbedingungen sind die Grundvoraussetzung dafür. Die extrem hohen Befristungsquoten stehen im Widerspruch dazu.

Die Hochschulgesetzgebung sieht noch immer keine paritätischen und diskriminierungsfreien Entscheidungsrechte für alle Mitgliedergruppen der Hochschulen vor. Respekt und Wertschätzung sehen anders aus.

Kurz: Hochschulfinanzierung, Befristungsquoten und Mitbestimmung sind akute Themen, die wir mit den wissenschaftspolitischen Sprecher*innen der Parteien diskutieren wollen. Dazu laden wir alle Interessierten herzlich ein! Wir sind gespannt auf die Antworten der Politiker*innen auf unsere Fragen und Forderungen.



#rechnetmituns

PROGRAMM

Ab 10.30 Uhr **Anmeldung**

11:00 Uhr **Begrüßung**

Dr. Eva Clasen, Abteilungsleiterin Bildungs- und Hochschulpolitik,
DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt

Impuls: Was sind uns unsere Hochschulen wert?

Sabine Kiel, stellv. Vorsitzende, GEW Niedersachsen
Hans-Jürgen Immerthal, stellv. Landesfachbereichsvorstandsvorsitzender
Gesundheit/Soz. Dienste/Bildung und Wissenschaft, ver.di Niedersachsen-Bremen

11:15 Uhr **Diskussion: Gute Bildung gestalten – Heute und für die Zukunft**

Wissenschaftspolitische Sprecher*innen der demokratischen Parteien

- Dr. Silke Lesemann, MdL SPD
- Jörg Hillmer, MdL CDU
- Eva Viehoff, MdL, Bündnis90/Grüne
- Lars Alt, MdL, FDP
- Thorben Peters, Die Linke

Moderation: Lea Karrasch

12.45 Uhr **Schlusswort**

Dr. Eva Clasen

Anmeldung

Bitte meldet Euch/melden Sie sich bis zum 8. Juni verbindlich per E-Mail bei anke.schulze@dgb.de für die Veranstaltung an. Bei der Anmeldung sollen bitte folgende Daten angegeben werden: Name, Vorname, Organisation bzw. Institution sowie die E-Mail-Adresse, an die die Anmeldebestätigung gehen soll.

Kontakt für Rückfragen

DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt
Abteilung öffentlicher Dienst/Beamtenpolitik
Dr. Eva Clasen
Anke Schulze
Otto-Brenner-Str. 1
30159 Hannover
Telefon: 0511-12601-31
anke.schulze@dgb.de
www.niedersachsen.dgb.de

Veranstaltungsort

Sitzungssäle,
1. Etage, DGB-Haus,
Otto-Brenner-Straße 1,
Hannover

Anfahrtsbeschreibung

So erreichen Sie uns mit öffentlichen Verkehrsmitteln:
Ab Hannover Hauptbahnhof mit der Straßenbahn Linie 10 Richtung Ahlem bis Haltestelle Steintor. Von dort in die Goseriede und links in die Otto-Brenner-Straße (ca. 5 Minuten Fußweg).

Informationen zur Veranstaltung

Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenfrei. Die Veranstaltung findet in Präsenz statt unter den zur Zeit der Durchführung in Niedersachsen gültigen Corona-Regelungen. Alle Teilnehmer*innen erhalten nach der Veranstaltung eine Teilnahmebescheinigung. Für Getränke und Verpflegung ist gesorgt.

Hinweis zum Datenschutz

Wir verarbeiten die persönlichen Daten nach Artikel 6 Abs. 1 lit. a) der EU-DSGVO auf Basis der Einwilligung durch die verbindliche Anmeldung zur Veranstaltung: Erstellung der Teilnehmerliste und Namensschilder (Name, Vorname, Titel, Name des Unternehmens/der Institution), ggf. Erstellung von Teilnahmebescheinigungen (Name, Vorname, Unternehmen). Wir verarbeiten persönliche Daten nur so lange, wie es zur Planung und abschließenden Durchführung der Veranstaltung oder aufgrund geltender Rechtsvorschriften wie z.B. der Aufbewahrungspflicht von Rechnungsunterlagen erforderlich ist.

Mit der Anmeldung wird das Einverständnis bestätigt, dass während der Veranstaltung gesammeltes Bildmaterial, auf dem die jeweilige Person abgebildet sind, für die Öffentlichkeitsarbeit verwendet werden darf. Wer nicht einverstanden ist, wird gebeten, den DGB-Bezirk umgehend zu informieren.